

SCHLAUES WIEN

Wien ist im Wandel und so ändern sich auch die Anforderungen an unser Bildungssystem. Digitalisierung und Zuzug machen neue Wege notwendig und möglich. Die Regierenden verharren zu oft in alten Mustern. Viele Kinder bleiben so auf der Strecke und Eltern können sich auf etwas sehr Wichtiges nicht mehr verlassen: dass Schulen Kindern verlässlich das mitgeben, was sie für einen erfolgreichen Lebensweg brauchen.

Ungelöste Probleme führen auch dazu, dass viele Eltern den öffentlichen Pflichtschulen nicht mehr vertrauen. Das erhöht die Kosten für Familien, die sich deshalb für eine Privatschule entscheiden und dadurch neben den Steuern auch noch mit der Schulgebühr belastet werden und somit doppelt zahlen müssen. Am meisten verlieren aber jene, denen nur die Pflichtschule bleibt. So wird Bildung weiter vererbt und die soziale Durchmischung in den Schulen funktioniert nicht. Integration wird schwieriger und Pädagog_innen sind dort, wo Deutsch für viele Kinder nicht Muttersprache ist, mit großen Herausforderungen konfrontiert. Individuelle Sprach- und Talentförderung kann an vielen dieser Schulen nicht in einer Form stattfinden, durch die sich nachhaltig positive Wirkungen in der Entwicklung der Kinder zeigen.

Um all diesen großen Herausforderungen gerecht zu werden, brauchen wir eine mutige Reform des Wiener Bildungssystems vom Kindergarten bis zur Erwachsenenbildung. Geben wir Schulen Autonomie, damit sie ihre Arbeit an die Bedürfnisse und Schwierigkeiten vor Ort anpassen können. Direktor_innen und Lehrer_innen sollen nicht mehr mit Verwaltungstätigkeiten aufgehalten werden, sondern ihre wertvolle Zeit zur Unterstützung der Schüler_innen verwenden. Unsere Kinder müssen entsprechend ihrer Begabung gefördert werden und in der Schule das Rüstzeug für ein erfolgreiches und erfülltes Leben bekommen. Um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein, müssen außerdem Modelle eines lebenslangen Lernens etabliert werden. Denn Bildung findet auch außerhalb von Schulgebäuden statt.

Kein Kind darf auf der Strecke bleiben. Bildung muss allen die Möglichkeit geben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. In einem schlaunen Wien muss jede Schule die beste Schule sein.

Wo alles beginnt: Die Elementarpädagogik

Die frühen Lebensjahre sind für die Zukunft unserer Kinder die wichtigsten: Im Kindergarten werden viele Kompetenzen vermittelt, die später den Erfolg in der schulischen und beruflichen Laufbahn sichern. Auch die Basis für demokratische Grundhaltungen, wie die Gleichstellung von Mann und Frau, werden dort gelegt. Eltern müssen sicher sein können, dass ihre Kleinen in den Kindergärten – auch ganztägig – gut betreut sind. In Wien werden die Bedürfnisse nach einer guten und umfassenden Kinderbetreuung nicht erfüllt. Zu viele Kinder sind am Ende ihres letzten Kindergartenjahres nicht bereit für den Einstieg in die Volksschule. Das muss sich ändern.

Es gibt zu wenige Pädagog_innen pro Kind. Wichtige Förderungs- und Entwicklungschancen werden versäumt.

- Wir fordern eine schrittweise Annäherung an einen Fachkraft-Kind-Schlüssel von 1 zu 8 für Kindergartengruppen und 1 zu 4 für Kleinkindgruppen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir durch eine Aufwertung des Berufes neue Pädagog_innen für diese wichtige Aufgabe gewinnen.

Elementarpädagog_innen erfüllen eine große Verantwortung. Mehr Geld und mehr gesellschaftliche Anerkennung sind notwendig.

- Um eine faire Bezahlung von Kindergartenpädagog_innen zu garantieren, braucht es eine Vereinheitlichung der Gehälter in Form eines Kollektivvertrags und deren Anhebung auf die Gehaltshöhe von Volksschullehrer_innen.
- Um den Berufsstand weiter aufzuwerten und Pädagog_innen zu entlasten, brauchen wir mehr Unterstützungspersonal in den Kindergärten. Dazu gehören Assistenzpädagog_innen sowie Expert_innen wie Psycholog_innen, Sozialarbeiter_innen etc.
- Um den Anteil männlicher Pädagogen in unseren Kindergärten zu erhöhen, muss der Beruf für Männer attraktiver werden. Durch Imagekampagnen, Bewusstseinsbildung und Informationsangebote sollen mehr Männer in die Elementarpädagogik geholt werden.

Das Wiener Bildungssystem ist im Wandel. Unseren Pädagog_innen fehlt jedoch oft die notwendige Ausbildung, um mit den Herausforderungen umzugehen. Lassen wir sie mit ihren Problemen nicht allein.

- Wir fordern verbesserte Fortbildungsmöglichkeiten für Elementarpädagog_innen, um die unterschiedlichen Anforderungen der vielfältigen Kindergruppen bewältigen zu können.
- Neben der Sprachförderung müssen Elementarpädagog_innen durch Fortbildungen auch für die altersgerechte Vermittlung von naturwissenschaftlichen und technischen Inhalten geschult werden.
- Wie Pädagog_innen brauchen auch Kindergartenassistent_innen eine verpflichtende und österreichweit einheitliche Aus- und Weiterbildung.

- Da viele Kinder bereits im Kindergarten intensive sprachliche Förderung benötigen, ist eine umfassende sprachliche Kompetenz der Fachkräfte notwendig.
- Die Förderung der Erstsprache ist die Grundlage für den erfolgreichen Erwerb von Deutsch als Zweitsprache. Um der Vielfalt in unseren Kindergärten gerecht zu werden, müssen wir es mehrsprachigen Pädagog_innen ermöglichen, durch die Anerkennung von entsprechenden ausländischen Bildungsabschlüssen in unser System einzusteigen.
- Die bisherigen Instrumente der Feststellung des Sprachstandes und somit des Förderbedarfs müssen laufend überprüft und verbessert werden.
- Um Kinder in ihren individuellen Bedürfnissen in den Bereichen Sprache, Motorik und Sozialverhalten erfolgreich zu fördern, brauchen wir unterstützende Fachkräfte in elementarpädagogischen Einrichtungen, vor allem Ergotherapeut_innen, Logopäd_innen und Sonderpädagog_innen.

Lupe statt Gießkanne: Geld muss dort ankommen, wo es am dringendsten gebraucht wird.

- Durch indexbasierte Finanzierung von Kindergärten können zusätzliche Ressourcen für die Kinder, die sie am dringendsten brauchen, bereitgestellt werden.

Zwei Drittel aller Wiener Kinder sind in privaten Kindergärten. Die Benachteiligung dieser Einrichtungen gegenüber Kindergärten der Stadt Wien muss aufhören.

- Kleine private Träger dürfen gegenüber städtischen und parteinahen Kindergärten nicht benachteiligt werden.
- Private Kindergärten brauchen Rechtssicherheit und eine gesicherte Finanzierung über mehrere Jahre hinweg.
- Es muss ein transparenter Anforderungs- und Kriterienkatalog für private Kindergärten mit Mindestanforderungen für eine positive Förderentscheidung erstellt werden.
- Wir fordern transparente und nachvollziehbare Kontrollberichte für Private inklusive der Möglichkeit, gefundene Mängel zu beheben und das Kindergarten-Konzept entsprechend anzupassen. Im Bedarfsfall soll die Magistratsabteilung Unterstützung bei der Umgestaltung zur Verfügung stellen.
- Die Kontrolle der privaten Kindergärten muss durch externe Inspektor_innen erfolgen.
- Um Missstände in Kindergärten schnellstmöglich zu beheben, braucht es eine zentrale Meldestelle, an die sich betroffene Eltern sowie Pädagog_innen auch anonym wenden können. Die Meldestelle soll den Betroffenen schnell und unbürokratisch helfen.

Die beste Schulbildung

Kinder sollen zu mündigen Erwachsenen heranwachsen. Dazu braucht es eine mündige Schule. Geben wir den Schulleiter_innen und Pädagog_innen Gestaltungsfreiheit und Verantwortung. Aufgabe der Politik ist es, rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen dafür zu sichern. Für uns ist klar: Schulleiter_innen und Lehrer_innen sind Expert_innen und müssen ihre Entscheidungen frei treffen können. Nur die volle Autonomie für Schulen macht es möglich, dass Gegebenheiten des Standorts und Bedürfnisse der Schüler_innen bestmöglich vereinbart werden.

Das Auseinanderdriften der „guten“ Schulen und der „Brennpunktschulen“ stellt eine Gefahr für den schulischen und beruflichen Erfolg vieler Kinder und Jugendlichen dar. Den Schüler_innen ganzer Stadtteile werden durch die fehlende Durchmischung an den Schulen die Bildungschancen genommen. Bildung ist in Wien nach wie vor vererbbar.

- Die Schulplatzfinanzierung soll durch Bildungsschecks erfolgen. Die Bildungsdirektion vergibt Bildungsschecks an alle Eltern, die sie wiederum bei der Bildungseinrichtung ihrer Wahl einlösen können. Dieses Finanzierungsmodell ermöglicht eine breite Auswahl an Schulen.
- Schulen sollen zusätzlich nach dem Chancenindex gefördert werden, durch den die Herausforderungen der Schulstandorte im Verhältnis berücksichtigt werden sollen. Schulen mit einem besonders hohen Anteil an Schüler_innen mit sozioökonomischer Belastung sollen dementsprechend zusätzliche Fördermittel bekommen.
- Ermöglichen wir das Angebot unterschiedlicher autonomer Schulformen, zwischen denen Eltern gemeinsam mit ihren Kindern wählen können. Somit bekommen Schüler_innen die Bildung, die am besten zu ihren Interessen und Begabungen passt. Der Etikettenkampf um Gesamtschule und Gymnasium wird so überwunden. Die Vielfalt der Schulformen macht echte Wahlfreiheit möglich.
- Durch die Gleichstellung der Unterstützung von privaten Schulinitiativen soll das Angebot gefördert werden. Ein umfassenderes Angebot an Schulprofilen ermöglicht Eltern eine breitere Schulauswahl in Wohnortnähe. Insbesondere sollen nicht-konfessionelle Schulen in freier Trägerschaft gleichwertig unterstützt werden wie konfessionelle Schulen.
- Um die Durchmischung zu fördern, sollen in einem ersten Schritt Gymnasien motiviert werden, sich zu öffnen und ein gewisses Kontingent von Schüler_innen ohne AHS-Reife aufzunehmen. Das bereits bestehende Modell der „Wiener Mittelschule“ soll also erweitert werden.
- Das Angebot eines kostenlosen Ganztagesplatzes muss allen Schüler_innen zur Verfügung stehen. Dafür ist ein rascher Ausbau des Angebots notwendig.
- Wir wollen das Modell der verkehrten Inklusion fördern, statt die Sonderschule abzuschaffen. Dies bedeutet, dass Sonderschulen auch für Kinder ohne sonderpädagogischen Förderbedarf geöffnet werden, damit die Durchmischung gefördert wird.

- Schulleiter_innen muss ein gewisses Kontingent an Betreuung durch Sozialarbeiter_innen, Sozialpädagog_innen und Schulpsycholog_innen zur Verfügung stehen, die nach Bedarf die Arbeit an allen Standorten unterstützen.

Die Volksschule setzt den Grundstein für den Erfolg jedes Kinds auf seinem weiteren Bildungsweg. Sorgen wir dafür, dass jede „Schule ums Eck“ diese wichtige Anforderung verlässlich erfüllt.

- Es muss gesichert sein, dass alle Kinder das Lernziel, vor allem in den Hauptfächern, erreichen. Das Üben der im Lehrplan verankerten Grundkompetenzen muss auf allen Schulstufen verlässlich stattfinden.
- Die Förderung der Erstsprache ist die Grundlage für den erfolgreichen Erwerb von Deutsch als Zweitsprache. Den Unterrichtsangebots in der Erstsprache wollen wir ausbauen.
- Eltern sollen bei Schuleinschreibung und an den nachfolgenden Nahtstellen eine Bildungsberatung bekommen. Wenn das Deutschniveau der Eltern zur verlässlichen Verständigung nicht ausreicht, soll die Beratung möglichst in der Erstsprache erfolgen.
- Bei der Schuleinschreibung in die Sekundarstufe I, also Mittelschule oder Unterstufe des Gymnasiums, sollen Eltern wiederum eine Bildungsberatung erhalten, die bei der Suche nach dem passenden Schulprofil für ihr Kind unterstützen soll.

Schüler_innen, denen am Ende der Pflichtschule grundlegende Kompetenzen fehlen, haben große Schwierigkeiten bei der Jobsuche. Wir wollen allen die Chance auf einen erfolgreichen Berufseinstieg geben.

- Wir fordern die Einführung einer „Mittleren Reife“ nach absolvierter Bildungspflicht, damit jede_r Schüler_in über einen vergleichbaren Nachweis über die in der Schule erreichte Leistung verfügt.
- Die Berufsorientierung muss in allen Schultypen ausgebaut und von Expert_innen durchgeführt werden, sodass die Jugendlichen zum Zeitpunkt der Mittleren Reife über ihre Fähigkeiten und Neigungen im Hinblick auf die weitere Schul- oder Berufswahl reflektiert haben und eine fundierte Entscheidung treffen können.
- Die polytechnischen Schulen müssen dringend reformiert werden. Während wir auf eine gesamtheitliche Schulreform warten, sollen wir das Potential der „Polys“ nutzen und sie zu Berufschancenschulen machen, an denen Schüler_innen individuell bei ihrem Einstieg in die Arbeitswelt unterstützt werden. Durch die Erweiterung der polytechnischen Ausbildung um ein weiteres Schuljahr kann das erste Jahr mit weniger Druck zum Aufholen von Lernlücken verwendet werden. Im zweiten Jahr soll die Berufsorientierung im Vordergrund stehen, damit polytechnische Absolvent_innen bei ihrem Einstieg in den Arbeitsmarkt die erworbenen Kompetenzen nachweisen können.
- Wir müssen einen verstärkten Fokus auf MINT-Fächer (Mathematik, Informationstechnologien, Naturwissenschaften und Technik) legen, um unsere Schüler_innen auf Berufe in diesen wichtigen und zukunftsreichen Feldern vorzubereiten.

- Die Anzahl der Schulabbrecher_innen muss durch rechtzeitiges Coaching durch entsprechende Förderprogrammen verringert werden.

Die Schüler_innen in Wien haben unterschiedliche Hintergründe, was Glaubenssysteme und gesellschaftliche Werte anbelangt. Diversität ist ein Faktum. Deshalb ist es wichtig, gesamtgesellschaftliche Werte und Kompetenzen in den Schulen zu vermitteln und zu diskutieren.

- Wir fordern die Einführung des Schulfaches „Ethik und Religionen“ für alle. Der Gegenstand soll Wissen und Kompetenzen im Bereich Werte- und Glaubenssysteme vermitteln. Stärken wir junge Menschen in ihrer Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. So werden Verständnis und eine pluralistische, säkulare Gesellschaft gefördert. Der konfessionelle Religionsunterricht soll weiterhin auf freiwilliger Basis möglich sein.
- Um Schüler_innen mit erhöhtem Sprachförderbedarf ausreichend zu unterstützen, müssen belastete Schulen zusätzliche Ressourcen für Deutsch-Förderunterricht sowie die Förderung der Erstsprache erhalten.

Mit der großen Verantwortung unserer Lehrer_innen und den Herausforderungen, mit denen sie täglich umzugehen haben, muss sorgfältig umgegangen werden. Ihr Handeln ist entscheidend für ein funktionierendes Bildungssystem und prägt das Leben der jungen Menschen nachhaltig. Geben wir unseren Lehrer_innen die besten Werkzeuge und Möglichkeiten, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden.

- Um der Verantwortung und der Vielfältigkeit des Lehrberufs gerecht zu werden, braucht es ein ausgereiftes Aufnahmeverfahren in der Lehrer_innenausbildung. Der Zulassungstest des Verbundes Nord-Ost ist nicht ausreichend, um die Eignung der Kandidat_innen zu prüfen. Das Verfahren soll vielschichtig sein und nicht nur theoretisches Wissen und allgemeine kognitive Leistung berücksichtigen, sondern auch soziale Kompetenz und pädagogische Eignung.
- Quereinsteigen in den Lehrberuf muss einfacher werden. Um die bestmöglichen Expert_innen aus der Praxis zu gewinnen, brauchen wir ein flexibleres Gehaltssystem, das sich an den branchenüblichen Gehaltsniveaus orientieren kann.
- Gleichzeitig darf der Lehrberuf nicht als Einbahnstraße begriffen werden. Lehrer_innen müssen Ausstiegsmöglichkeiten haben, wenn sie sich in ihrem Beruf nicht mehr wohl fühlen, da dadurch auch die Unterrichtsqualität leidet.
- Lehrer_innen sind ausgebildete Pädagog_innen, sie haben jedoch aufgrund der Gruppengrößen wenig Zeit für die Betreuung einzelner Schüler_innen. Zur Begleitung von Schüler_innen im Falle von Belastungen, die über den Schulalltag hinausgehen (z.B. Traumata), braucht es eine Aufstockung von Unterstützungspersonal an Schulen, wie Psycholog_innen, Sozialarbeiter_innen und Sozialpädagog_innen.
- Der Abschluss des Studiums darf nicht das Ende der Lehrer_innenbildung sein. Wir fordern verpflichtende Fortbildungs- und Coachingprogramme, in denen

Lehrer_innen neue Methoden vorgestellt werden und sie über ihre Tätigkeit reflektieren können.

Erfolgreiche Schulbildung braucht eine transparente und effiziente Verwaltung. Direktor_innen werden zu oft nach Parteibuch bestellt. Zu viel Bürokratie raubt wichtige Zeit. Und oft fehlt Lehrer_innen und Direktor_innen die notwendige Unterstützung, um ein optimales Lernumfeld für ihre Schüler_innen zu gestalten.

- Schulleiter_innenbestellungen müssen transparent und objektiv erfolgen – ohne Rücksicht auf das Parteibuch. Der Assessmentprozess für die Schulleiter_innenbestellungen muss für alle Bewerber_innen transparent und ohne parteipolitische Unterstützung schaffbar sein. Eine zusätzliche Schulleiter_innen-Ausbildung, die vor allem die Fähigkeit zur Verwirklichung einer umfassenden schulischen Feedbackkultur und allgemeines Leadership vermittelt, muss vor einer Bewerbung absolviert werden.
- Schulleiter_innen müssen volle Personalautonomie erhalten. Sie müssen nach ihrem Ermessen Lehrer_innen einstellen können und in letzter Konsequenz muss es ihnen auch möglich sein, Lehrer_innen zu kündigen.
- Schultransformationsprozesse können eine sogenannte „Brennpunktschule“ innerhalb weniger Jahre in eine Musterschule verwandeln, wie es in London gezeigt wurde. Berufsbegleitende Fortbildungsmöglichkeiten sollen die Umsetzung dieser Transformationsprozesse durch Schulleiter_innen unterstützen. In der Wiener Bildungsdirektion soll eine eigene Stabsstelle zur Koordination der Prozesse eingerichtet werden. Es braucht auch ausreichend Ressourcen, um einen echten Wandel an Brennpunktschulen zu ermöglichen.
- Zur administrativen Unterstützung von Schulleiter_innen an Volks- und Mittelschulen muss, abhängig von der Größe des Standorts, eigenes Verwaltungspersonal mit sehr guten EDV-Kenntnissen zur Verfügung gestellt werden.
- Mittleres Management innerhalb des Lehrerkollegiums soll durch die Einrichtung von Jahrgangs- und Fächerclustern, die von erfahrenen Lehrkräften geleitet werden, flächendeckend eingeführt werden. Auf diesem Wege wird der Schulleitung bei der Gestaltung und Umsetzung neuer pädagogischer Konzepte unter die Arme gegriffen. Zusätzlich bekommen Lehrer_innen Aufstiegsmöglichkeiten und können Leadership-Erfahrung für eine mögliche Karriere in Richtung Schulleitung sammeln.
- Jeder Lehrkraft ist ein angemessener Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen, um Vorbereitungen und Korrekturen in Ruhe durchführen zu können.

Schulgebäude sind oft nicht so gestaltet, dass Räume und Möglichkeiten für pädagogische Flexibilität vorhanden sind.

- Leerstehende Räume sollen für temporäre Einzel- und Gruppenförderung und als Rückzugszone genutzt werden können. Beim Neubau von Schulen soll die Errichtung solcher Räume Standard sein.
- Die Schulgebäude müssen bedarfsorientiert ausgebaut werden, um Ganztagsbetreuung flächendeckend zu ermöglichen.

- Die Möglichkeiten für Bewegungsräume müssen erweitert und so ausgestaltet werden, dass sie auch außerschulisch genutzt werden können.
- In Anbetracht der steigenden Hitze sind rasche Maßnahmen nötig, um für angenehme Temperaturen in den Klassenzimmern zu sorgen.

Bildung darf nicht in der Schule aufhören. Den Herausforderungen der Zukunft werden wir mit dem Wissen von vorgestern nicht gerecht.

- Um lebenslanges Lernen und die aktive Beteiligung der Bevölkerung an der Wissenschaft zu fördern, fordern wir die Einführung eines persönlichen Bildungskontos mit Fokus auf Erwachsenenweiterbildung. Dieses Konto finanziert Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Wiener_innen.
- Für die Ausbildung von Fachkräften sind viele Maßnahmen notwendig, die im Kapitel „Unternehmerisches Wien“ ausgeführt sind.

Wissenschaft und Forschung

Exzellenz in Wissenschaft und Forschung sichert die Arbeitsplätze von morgen. Nur durch Spitzenleistungen im Bereich Forschung, Technologie und Innovation kann Wien zum führenden Innovationsstandort werden. Die Stadtpolitik muss dieses Thema endlich ernst nehmen und die Rahmenbedingungen für Exzellenz schaffen.

Wien fehlt der klare politische Wille zur Spitzenleistung im Bereich Wissenschaft und Forschung. Wegen der mangelnden Gesamtstrategie wird die Stadt international nicht als Spitzenstandort wahrgenommen und schafft es nicht, die besten Köpfe anzulocken. Um führender Standort zu werden, reicht es nicht, die lebenswerteste Stadt der Welt zu sein.

- Wien muss ein Narrativ im Bereich Forschung, Technologie und Innovation (FTI) entwickeln, anhand dessen Wissenschaftsfelder für Exzellenz identifiziert und besonders gefördert werden. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Industrie soll in diesen Bereichen forciert werden.
- Der Fokus soll auf den Bereichen gelegt werden, in denen Wien bereits gute Leistungen erbringt. Zu diesen gehören Life Sciences, e-Health und Energie- und Mobilitätstechnologien.
- Wir wollen Wien als internationale Metropole für „Testbeds“ – urbane Innovationslabore, in denen innovative Ansätze ausprobiert werden – für neue Technologien etablieren.
- Wien braucht ein „Incoming Center“ für internationale Forschende. Die Stadt muss den Forscher_innen einen „One-Stop-Shop“ anbieten, also eine Anlauf- und Beratungsstelle, die Behördenwege abnimmt, bei der Wohnungssuche unterstützt und weitere Hilfestellungen bietet.

Die Mittel für exzellente Forschung reichen für Spitzenleistungen nicht aus. Forscher_innen wandern in andere Städte aus, in denen sie leichter an Stipendien und sonstige Finanzierung kommen.

- Es braucht Anreize für die Mobilisierung von privaten Mitteln, um die Wissenschaft in Wien zu stärken. Dazu gehört eine Drittmittelloffensive für Hochschulen sowie für zusätzliche Stiftungsprofessuren.
- Die Stadt soll sich dafür einsetzen, dass der Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds (WWTF) verstärkt mit privatem Kapital unterstützt wird.
- Wien soll für die Schaffung von Exzellenzstipendien sorgen, um die besten Wissenschaftler_innen nach Wien zu locken sowie Exzellenz von Wiener Studierenden und Forscher_innen zu fördern.
- Wir fordern Maßnahmen, um MINT-Fächer für Frauen (Mathematik, Informationstechnologien, Naturwissenschaften und Technik) attraktiver und erreichbarer zu machen. Hier muss die Qualität der Lehrer_innenausbildung gesteigert werden, damit es Lehrer_innen gelingt, Mädchen und junge Frauen für MINT-Fächer zu begeistern.

Die Koordination und Zusammenarbeit im FTI-Bereich werden nicht ausreichend von der Stadt vorangetrieben. Hier werden wichtige Chancen und Synergien verpasst.

- Wir fordern die Einrichtung eines jährlichen FTI-Gipfels, bei dem Entscheidungsträger_innen der Stadt zusammen mit führenden Wissenschaftler_innen sowie Vertreter_innen der Wirtschaft und Industrie Ziele und Maßnahmen formulieren. Ebenso muss die FTI-Strategie des Bundes mit jener Wiens regelmäßig abgeglichen werden.
- Wissenschaft und Forschung müssen bei der Gestaltung des Stadtentwicklungsplans in den Mittelpunkt rücken. Die müssen in den Stadtteilkonzepten entsprechend sichtbar sein.
- Ein „Chief Innovation Officer“ soll nach dem Vorbild von San Francisco für die Koordination und Attraktivität der Forschung in Wien sorgen.
- Wir wollen die Kooperation zwischen Unternehmen und Universitäten fördern, um Innovation zu ermöglichen. Hierfür braucht es Innovationscluster, in denen Forschung und Wirtschaft nebeneinander bestehen und voneinander profitieren können.
- Ein Beispiel hierfür wäre die Schaffung eines „Vienna Science Clusters“, der die Forschungseinrichtungen der TU Wien im Arsenal, das Vienna BioCenter in St. Marx, mit einem neu zu schaffenden gemeinsamen „zentralen Rechenzentrum“, weiteren Forschungseinrichtungen und Unternehmen verknüpft und als High-Tech Standort vermarktet.

Die Öffentlichkeit erfährt zu wenig von den Leistungen, die im FTI-Bereich in Wien erreicht werden.

- Wir fordern die Errichtung einer Wissenschaftsgalerie, in der die neusten technischen Entwicklungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Ausstellungsraum soll der Vermittlung von Wissen und der Vernetzung aller Bürger_innen mit der Wissenschaft dienen.

Digitalisierung schafft Chancen für alle

Digitale Technologien schaffen neue, bisher kaum vorstellbare Möglichkeiten. Dadurch entstehen viele Chancen, aber auch Ängste darüber, was der Wandel für unsere Gesellschaft bedeutet. Daher muss Digitalisierung so gestaltet werden, dass sie Demokratie und Beteiligung unterstützt. Die Basis für diesen sozialen und technologischen Wandel ist die Bildung. Trotz aller politischen Bekenntnisse werden die Chancen im Bereich Digitalisierung und digitaler Kompetenzvermittlung zu langsam und nicht ausreichend genutzt.

Die Digitalisierung der Dienstleistungen der Stadt Wien geschieht zu langsam und orientiert sich nicht ausreichend an den Bedürfnissen der Bürger_innen.

- Dienstleistungen der Stadt sollen, wo das möglich ist, auf digitale Plattformen übertragen werden, damit diese niederschwelliger und effizienter angeboten werden können.
- Amtswege sowie Leistungen in der Gesundheitsversorgung gehören besser digital vernetzt, um die Servicequalität für die Bürger_innen zu steigern.

Die digitale Infrastruktur der Stadt entspricht nicht den Bedürfnissen des 21. Jahrhunderts. Darunter leiden sowohl die einzelnen Wiener_innen als auch die Unternehmen.

- Wir fordern den Ausbau des Glasfasernetzes in allen Bezirken. In der heutigen Zeit muss ein schneller Internetzugang selbstverständlich sein.
- Es braucht eine intelligente Vernetzung von Produkten, Dienstleistungen und Objekten in allen Bereichen – von Energie über Verkehr bis Gesundheit muss unsere Stadt digital werden.
- Auch im Klimaschutz braucht es eine zielgerichtete Nutzung und Förderung der Möglichkeiten der Digitalisierung, um Ressourcen zu schonen, beispielsweise verschränkte Mobilitätsdienstleistungen, Optimierung von Energiesystemen oder Mikroklimasimulationen.
- Wien soll ein „5G-Testbed“ einrichten – also eine Testumgebung für technische Innovationen –, damit neue Dienstleistungen und Lösungen in einem sicheren Umfeld ausprobiert werden können.

Die Basis für eine digitale Zukunft liegt in der Bildung. Das gilt für Kinder- und Jugendliche ebenso wie für Erwachsene. Schüler_innen bekommen nach wie vor nicht die notwendige Vorbereitung im Bereich digitaler Kompetenz. Im internationalen Vergleich sind unsere Arbeitskräfte der Zukunft dadurch nicht wettbewerbsfähig.

- Moderne Entwicklungen in der Digitalisierung sollen im Lehrplan verstärkt verankert werden. Das bedeutet einerseits die Vermittlung von Programmierkenntnissen und digitalen Kompetenzen, andererseits aber auch den kritischen Umgang mit digitalen Informations- und sozialen Medien.
- Damit Schüler_innen für die Anforderung der digitalisierten Arbeitswelt vorbereitet werden können, benötigen die Schulen eine moderne technologische Ausstattung, inklusive W-LAN und Beamer.

- Möglichkeiten für ältere Personen, durch entsprechende Fortbildungen digitale Kompetenzen zu erwerben, sind essenziell, damit sie bessere Chancen am Arbeitsmarkt haben.

Unternehmen brauchen die Unterstützung der Stadt im Bereich Digitalisierung, um neue Möglichkeiten zu ergreifen.

- Die Stadt soll eine Digital-Initiative für kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) starten, damit diese wettbewerbsfähig in einem zunehmend digitalisierten Markt sind.
- Durch „Regulatory Sandboxes“ – Gegenden, in denen gewisse Regelungen gelockert werden – können innovative Unternehmen neue Ansätze ausprobieren und zukunftsorientierte Lösungen entwickeln.
- Durch eine stärkere Vernetzung von Hochschulen, KMUs und Industrie können wir Synergien nutzen, um neue Technologien im digitalen Bereich effizienter zu entwickeln.